

**Setting the Right Priorities –
Wir müssen mehr wachsen**

Vortrag von Jean-Pierre Roth,
Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank

Swiss Economic Forum, Thun, 27. Mai 2005

Sehr geehrte Damen und Herren

"Wir müssen mehr wachsen" - so lautet der Titel meines heutigen Vortrages. Wenn sich die Schweizerische Nationalbank zur wirtschaftlichen Entwicklung äussert, dann betrifft dies meist die Konjunktur, das heisst die aktuelle oder die erwartete Wirtschaftsdynamik. Heute hingegen möchte ich nicht über den kurzfristigen Wirtschaftsverlauf sprechen, sondern über den langfristigen Wachstumstrend in der Schweiz.

Das Verhältnis zwischen Geldpolitik und Konjunktur ist nicht dasselbe wie zwischen Geldpolitik und langfristigem Wirtschaftswachstum. Geldpolitik und Konjunktur stehen in einem stetigen Wechselspiel: die Geldpolitik beeinflusst die Konjunktur, und die Konjunktur beeinflusst die Geldpolitik. Die Konjunktur ist somit ein zentraler Bestimmungsfaktor der Geldpolitik.

Geldpolitik und langfristiges Wirtschaftswachstum hingegen haben nur sehr wenig miteinander zu tun. Den einzigen Beitrag, den die Geldpolitik zur Optimierung des Wachstumspotenzials liefern kann, sind stabile monetäre Rahmenbedingungen. Die Nationalbank hat in dieser Hinsicht ihren Auftrag, denke ich, erfolgreich erfüllt: Die Schweiz hat eine der weltweit tiefsten Inflationsraten, die tiefsten Zinsen Europas und sie verfügt über ein stabiles und gut funktionierendes Bankensystem. Unsere Währung geniesst hohes Vertrauen.

Mehr als diese monetäre Stabilität kann die Geldpolitik nicht zum langfristigen Wirtschaftswachstum beitragen. Aus der Sicht der Geldpolitik ist damit eigentlich alles zum Thema Wachstumspotential gesagt. Die Nationalbank hat im Prinzip weder den Auftrag, noch die Kompetenz, noch die Mittel, sich darüber hinaus mit Fragen des langfristigen Wirtschaftswachstums zu befassen. Trotzdem möchte ich heute zum Thema Wirtschaftswachstum Stellung beziehen.

Warum tue ich dies?

Ich bin besorgt.

Ich bin besorgt über unser seit langer Zeit schwaches Wirtschaftswachstum, über die so genannte "Wachstumsschwäche" der Schweiz.

Erstens bin ich besorgt als Einwohner und Bürger der Schweiz, dem das wirtschaftliche Wohlergehen seines Landes am Herzen liegt. Zweitens bin ich besorgt als Ökonom, der aufgrund seiner Ausbildung, Arbeit und Erfahrung von den

langfristigen Konsequenzen unserer Wachstumsschwäche vielleicht unmittelbarer angesprochen ist als andere Bürger dieses Landes.

1. Unser Wachstumsdefizit

Es ist nicht unproblematisch, Wohlstands- und Wachstumsvergleiche mit andern Ländern anzustellen. Dies liegt daran, dass es verschiedene Messkonzepte gibt: Soll man zum Beispiel das Bruttoinlandprodukt vergleichen? Oder das Bruttosozialprodukt? Soll man diese Messgrößen pro Kopf der Bevölkerung umrechnen? Oder pro Arbeitnehmer? Oder pro Arbeitsstunde? Welche Wechselkurse soll man zur Umrechnung in eine einheitliche Vergleichswährung verwenden? Ferner ist das Wirtschaftswachstum das Produkt einer Buchhaltung, und zwar der nationalen Buchhaltung. Buchhaltungen lassen immer gewisse Freiräume zu und sind auch bei allen Bemühungen zur Standardisierung nie hundertprozentig vergleichbar. Betrachtet man das Bruttosozialprodukt oder das Bruttoinlandprodukt, so werden wichtige Faktoren der Lebensqualität womöglich nicht oder nur unzulänglich erfasst, z.B. die Umweltbelastung, die Infrastruktur, die Qualität der angebotenen Güter, die Länge der Arbeitswege usw.

Trotz aller Unzulänglichkeiten sind jedoch messbare und einigermaßen standardisierte Größen wie eben zum Beispiel das Bruttoinlandprodukt die einzige Möglichkeit, Quervergleiche der wirtschaftlichen Entwicklung anzustellen. Auch ich werde daher darauf zurückgreifen müssen.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des realen Bruttoinlandprodukts pro Kopf in einigen ausgewählten Ländern seit 1950¹. Die Zahlen sind inflationsbereinigt, das heisst, es handelt sich um reale Größen. Zudem sind die Zahlen auch um die unterschiedlichen Preisniveaus bereinigt, das heisst, die Wirtschaftsleistung wird zu Kaufkraftparitäten umgerechnet. Abbildung 1 zeigt somit ganz direkt, wie viele Waren und Dienstleistungen in verschiedenen Ländern pro Kopf der Bevölkerung im Durchschnitt produziert wurden. Neben der Schweiz wird die Entwicklung in Deutschland, Grossbritannien und den USA sowie der OECD-Mittelwert² dargestellt.

¹ Quelle: Groningen Growth and Development Centre and The Conference Board, Total Economy Database, January 2005, <http://www.ggdc.net>

² Beim Mittelwert handelt es sich um den mit dem BIP zu Kaufkraftparitäten gewichteten Mittelwert der OECD-Mitgliedsländer im Jahre 2004.

Das Bild zeigt eine beunruhigende Entwicklung: 1950 verfügte die Schweiz über die höchste Pro-Kopf-Wertschöpfung in der OECD, knapp vor Luxemburg und den USA und 42% höher als der OECD-Mittelwert. Bis Mitte der Siebzigerjahre wuchs diese Messgrösse in der Schweiz sogar schneller als in den andern OECD-Ländern; 1974 lag sie sogar rund 50% über dem OECD-Mittelwert. Die ausgeprägte Rezession Mitte der Siebzigerjahre läutete jedoch das Ende des überdurchschnittlichen Wachstums ein. Seither verläuft die Entwicklung in der Schweiz deutlich flacher als anderswo. 1993 wurde die Schweiz von den USA überholt. Danach überholten andere OECD-Länder die Schweiz ebenfalls. All diese Länder zeigten in den vergangenen Jahren ein hohes BIP-Wachstum, während die Schweiz seit 2000 praktisch stagnierte.

Oft wird die so genannte Konvergenztheorie zur Erklärung unseres schwachen Wachstums herangezogen. Diese Theorie besagt, dass ärmere Länder tendenziell zu den reicheren Ländern aufschliessen und daher konsequenterweise schneller wachsen müssen. Konvergenz mag vielleicht die schwache Entwicklung der späten Siebziger- und der Achtzigerjahre erklären, ist jedoch für die Erklärung der Wachstumsschwäche seit den Neunzigerjahren nicht mehr anwendbar: Im Gegenteil, reiche OECD-Länder (wie die USA, Luxemburg, Norwegen und Island) wachsen seither sogar schneller als ärmere OECD-Länder.

Der Rückgang der relativen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz begann Mitte der Siebzigerjahre. In den Siebziger- und Achtzigerjahren war diese Entwicklung noch kaum sichtbar, erst in den Neunzigerjahren wurde sie erstmals als Problem diagnostiziert. Bis weit in die Neunzigerjahre wurden Publikationen zu diesem Thema jedoch als Provokation empfunden und stiessen weitgehend auf Kritik und Unverständnis. Der Börsenboom Ende der Neunzigerjahre, von dem die Schweiz als Finanzplatz stark profitierte, liess die Probleme wieder für einige Jahre in den Hintergrund rücken. Die Rezession zu Beginn des neuen Jahrtausends liess sich vorerst noch mit dem Börsenrückgang, der Terrorismusangst und der schlechten Weltwirtschaftslage erklären. Mit jedem weiteren Jahr des neuen Jahrtausends jedoch erleben wir neue wirtschaftliche Enttäuschungen. Und mit jedem Jahr steigt die Anzahl der Indizien, die darauf hindeuten, dass wir ein strukturelles Wachstumsproblem haben. Mehr und mehr wird klar, dass sich dieses Problem nicht nur mit Messfehlern oder statistischen Sondereffekten erklären lässt und dass es sich nicht um ein auf die Neunzigerjahre beschränktes konjunkturelles Problem handelt, für das sehr oft der Nationalbank die Schuld in die Schuhe geschoben wurde. Vielmehr

handelt es sich um eine strukturelle Wachstumsschwäche, die vor rund dreissig Jahren einsetzte und sich seither kontinuierlich verschärfte.

Warum hat es so lange gedauert, bis das Problem in der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen wurde? Dafür dürfte es mehrere Gründe geben:

- Den ersten Grund würde ich mit dem Begriff "Wahrnehmungsverzögerung" umschreiben: Es ist sehr schwierig, langsame Veränderungen zu erkennen. Nur aus grösserer Distanz lässt sich oft eine schleichende relative Verschlechterung der eigenen Position erkennen.
- Der zweite Grund liegt in einer Art "Wohlstandsillusion": Unser Pro-Kopf-Einkommen ist immer noch relativ hoch, und wir fühlen uns relativ wohlhabend. Unser Gefühl von Wohlstand ist jedoch zu einem grossen Teil auf unser Vermögen zurückzuführen, also auf die gesparten Einkommen der Vergangenheit. Die Schweiz hat sich in den guten Zeiten ein dickes Polster geschaffen, von dem sie heute noch zehren kann und dank dem es ihr noch relativ gut geht. Dabei übersehen wir jedoch, dass unser laufendes Einkommen stagniert.
- Drittens tendieren wir dazu, bei Vergleichen mit dem Ausland unser rekordhohes Lohnniveau hervorzuheben. Darüber vergessen wir oft, dass auch unser Preisniveau rekordträchtig ist. Berücksichtigt man das hohe Preisniveau, dann sieht die Lage für die Schweiz nämlich viel weniger vorteilhaft aus, wie aus Abbildung 1 ersichtlich war.
- Viertens beruht unser immer noch beträchtliches Pro-Kopf-Einkommen nicht zuletzt auf einem überdurchschnittlich hohen Arbeitseinsatz. In der Schweiz wird pro Kopf der Bevölkerung rund 10% mehr gearbeitet als im OECD-Durchschnitt. Obwohl wir also überdurchschnittlich viel arbeiten, ist unser Einkommen nur gerade durchschnittlich; oder anders gesagt: wenn wir nur so viel arbeiten würden wie die andern OECD-Länder, wäre unser Einkommen schon heute unterdurchschnittlich.

Die Globalisierung macht den Rückstand der Schweiz immer deutlicher und schmerzhafter. Zum einen erhöhen die neuen Medien die Transparenz, zum andern steigt dank der Öffnung vieler Grenzen die Mobilität der Produktionsfaktoren. Dies führt zu einem rascheren und härteren Standortwettbewerb gegen mehr und bessere

Konkurrenten als noch vor zwanzig oder dreissig Jahren. Diese globalen Entwicklungen werden sich in Zukunft weiter akzentuieren, und das Tempo des Wandels dürfte weiter zunehmen. Ohne weitgehende Reformen dürfte sich daher unser Wachstumsdefizit noch verstärken.

2. Warum Wachstum?

Nach diesen Überlegungen zum Wirtschaftswachstum möchte ich an dieser Stelle kurz auf eine Fundamentalkritik am Wirtschaftswachstum eingehen. Vielleicht haben Sie sich diese Frage auch schon gestellt: Brauchen wir überhaupt Wachstum? Ginge es nicht ohne Wachstum?

Die Befürworter von Nullwachstum bringen meist zwei Argumente vor. Das erste Argument lautet ungefähr folgendermassen: "Es geht uns gut, wir wollen nicht mehr, und wir brauchen nicht mehr". Dieses Argument mag auf einzelne Individuen zu gewissen Zeitpunkten zutreffen, ist jedoch für die Allgemeinheit und auf Dauer nicht haltbar. Wir brauchen Wachstum aus mehreren Gründen.

An erster Stelle brauchen wir Wachstum zur Sicherung unserer Sozialwerke. Dazu möchte ich Ihnen **Abbildung 2** zeigen. Heute müssen rund vier Personen im Erwerbsalter (15-64) für eine Person über 64 Jahre aufkommen. Gemäss Projektionen der UNO wird sich dieses Verhältnis in 25 Jahren ungefähr halbieren: ab 2030 müssen weniger als zwei Personen im Erwerbsalter für eine Person über 64 aufkommen.

Das Problem liegt nun konkret im Folgenden: Nahezu alle Leistungen, die unsere Rentnerinnen und Rentner im Jahre 2030 gerne konsumieren möchten, müssen auch dann von der arbeitstätigen Bevölkerung erbracht werden. Wir können heute keine Pflegeleistungen, Arztbesuche, Medikamente oder Mahlzeiten lagern, um sie in 25 Jahren zu konsumieren. All diese Leistungen müssen zum Zeitpunkt ihres Konsums erbracht werden. Ohne Wachstum müssen also die Erwerbstätigen in 25 Jahren doppelt so viel an die Rentnerinnen und Rentner abgeben, oder diese begnügen sich nur mit der Hälfte der heutigen Leistungen.

Wirtschaftswachstum vergrössert den Kuchen, der in Zukunft verteilt werden kann, und es lindert die zu erwartenden Verteilungskämpfe. Das Problem der Altersvorsorge ist nicht primär ein Vorsorgeproblem, sondern ein Produktionsproblem. Vermehrtes Sparen ist somit nur bedingt eine Lösung unseres Vorsorgeproblems:

Eine nachhaltige Sicherung unserer Altersvorsorge wird einzig und allein durch ein höheres Produktionspotenzial gewährleistet. Wer unsere Sozialwerke sichern will, für den muss daher die Erhöhung des Wirtschaftswachstums Priorität haben.

Wachstum sichert nicht nur unsere Renten, sondern ist auch prinzipiell wünschenswert für die Verbesserung der Lebensqualität. Wachstum bedeutet neue Technologien, Innovationen, Fortschritte in der Medizin, mehr Einkommen und nicht zuletzt mehr Freizeit, um von all dem profitieren zu können. Oder anders gesagt: Ich kenne nur wenige Leute, die freiwillig auf eine Lohnerhöhung verzichten. Wachstum bedeutet genau dies: eine Lohnerhöhung, die einen höheren Lebensstandard ermöglicht. Die Forderung nach Nullwachstum ist daher eine Forderung, welche utopisch und nicht mehrheitsfähig ist.

Umweltschutz ist ein weiteres Anliegen der Wachstumskritiker. Es ist richtig, dass Wirtschaftswachstum mit einem erhöhten Ressourcenverbrauch einhergehen kann. Es ist jedoch falsch, dass ein höherer Ressourcenverbrauch automatisch zu einer höheren Umweltbelastung führt. Eine saubere Umwelt ist in der Sprache der Ökonomie ein so genanntes "Luxusgut": das heisst, dass die Nachfrage danach überproportional zum Einkommen ansteigt. Oder anders gesagt: Erst wenn die grundsätzlichen Bedürfnisse nach Nahrung, Unterkunft und Gesundheit befriedigt sind, bleiben Mittel für den Umweltschutz. Wachstum geht immer auch Hand in Hand mit technischem Fortschritt, welcher wiederum dem Umweltschutz zugute kommt. Denken sie z.B. an den Katalysator oder moderne Filtersysteme, die heutzutage in reichen Ländern Standard sind. Je höher Wachstum und Wohlstand, desto eher sind wir bereit und in der Lage, etwas für die Umwelt zu tun. Auch die Umwelt profitiert daher vom Wachstum.

3. Können wir schneller wachsen?

Können wir überhaupt mehr wachsen? Ja, das können wir.

Zur Untermauerung dieser Aussage möchte ich auf **Abbildung 3** verweisen. Abbildung 3 zeigt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, definiert als Wertschöpfung pro Vollzeitstelle, zwischen 1997 und 2000 in verschiedenen Branchen der Schweiz. Sowohl Niveau wie auch Wachstum der Produktivität unterscheiden sich in verschiedenen Branchen deutlich voneinander.

Die exportorientierten Branchen wie die Banken oder die chemische Industrie weisen erstens ein höheres Produktivitätswachstum und zweitens auch ein höheres Produktivitätsniveau auf als der Binnensektor (wie z.B. der Detailhandel und die Landwirtschaft). Ferner sehen wir auch ein höheres Wachstum in Branchen, in welchen die Schweiz kompetitive Vorteile hat (wie z.B. Chemie und Banken) als in Branchen, in welchen die Schweiz keine kompetitiven Vorteile haben dürfte (wie die Branchen Textil/Bekleidung/ Schuhe).

Worauf sind diese Unterschiede zurückzuführen?

Die Niveau-Unterschiede dürften zum Teil auf einen unterschiedlichen Kapitaleinsatz zurückzuführen sein. Ein weiterer Teil der Niveau-Unterschiede und die unterschiedlichen Produktivitäts-Wachstumsraten haben aber einen andern Grund. Sie werden von der Intensität des Wettbewerbs beeinflusst. Branchen wie die Chemie und die Banken konkurrieren im internationalen Wettbewerb. Detailhandel und Landwirtschaft hingegen sind vom Wettbewerb weitgehend abgeschottet. Im Wettbewerb überleben nur innovative und effiziente Anbieter. Er zwingt seine Teilnehmer, ihre Leistungen unter Anwendung der neusten Technologien permanent zu verbessern und zu erhöhen. Dieser Druck führt in wettbewerbsintensiven Branchen zu einer höheren Wachstumsrate und zu einem höheren Produktivitätsniveau als in geschützten Branchen. Davon profitieren letztlich die Konsumenten in Form von besseren, innovativeren und billigeren Produkten.

Wettbewerb hat leider einen gewichtigen Nachteil: Er ist unbequem, er zwingt zu neuen Ideen und zu Anstrengungen, zu harter Arbeit und zu stetiger Veränderung. Niemand setzt sich freiwillig dem Wettbewerb aus – ausser im Sport. Anbieter stehen dem Wettbewerb daher meist skeptisch gegenüber. Die Schweiz ist in dieser Hinsicht ein Anbieterparadies: Sie hat gemäss OECD-Statistiken einen der am strengsten reglementierten und geschützten Binnenmärkte. Mit der Ausschaltung des Wettbewerbs wurden jedoch auch die Innovation, die Effizienz und damit das Wachstum behindert.

Wettbewerb geniesst in der Schweiz keine grosse Popularität; ja er ist sogar verpönt. Wettbewerb wird oft als etwas Negatives dargestellt. Die Rolle der Sprache darf in diesem Zusammenhang nicht unterschätzt werden. Die Anbieter kombinieren das Wort "Wettbewerb" mit Adjektiven wie "ruinös", "unmenschlich", "schädlich" und "unsozial" und fordern Schutz vor "ausländischem Dumping" oder "unfairem Handel".

Markteintrittsschranken und Reglementierungen sollen dem "Schutz der Allgemeinheit" dienen und werden geschönt als "gut helvetischer Mittelweg" oder als "vernünftiger Kompromiss" bezeichnet. Dabei werden meist Illusionen vermittelt und die mittelfristigen Konsequenzen ausgeblendet. Leider wird diese Sichtweise in der öffentlichen Diskussion oft unkritisch übernommen oder von Medien noch verstärkt. Dass auf diese Weise die öffentliche Meinung zugunsten der Anbieter und zu Ungunsten der Konsumenten beeinflusst wird, wird ausser Acht gelassen. Wer für den Wettbewerb plädiert, gilt in der Schweiz bald einmal als unsozial, wer für den freien Handel eintritt, als Nutzniesser der Schwächeren, wer sich gegen den bequemen Kompromiss wendet, als Radikaler.

Wettbewerb mag unbequem sein, doch ist er weder ruinös, noch unmenschlich, noch schädlich und schon gar nicht unsozial. Der "helvetische Mittelweg" ist leider oft weder helvetisch noch ein Mittelweg, sondern ein Weg bergab. Statt der "Allgemeinheit" wird meist eher der einheimische Produzent geschützt, und der "vernünftige Kompromiss" nicht selten ein fauler Kompromiss.

Wettbewerb ist notwendig für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft. Wir verdanken ihm unseren Wohlstand, und nur der Wettbewerb kann unseren zukünftigen Wohlstand sichern. Wenn wir ihn ausschalten, dann gefährden wir diesen Wohlstand und verhindern den Fortschritt. Für den österreichischen Ökonomen Joseph Schumpeter ist Kapitalismus ein "evolutionärer Prozess", der "von Natur aus dem Wandel unterliegt". Ohne Markt, ohne Wandel, ohne Evolution, ohne "kreative Zerstörung" gibt es keinen Fortschritt und kein Wachstum. Begriffe wie "Markt", "Wandel" und "Evolution" sind leider in unserer schweizerischen Binnenmarktdiskussion zu oft negativ besetzt, ja sie drohen, zu Fremdwörtern zu werden. Das müssen wir ändern, wenn wir wieder zum Wachstum zurückfinden wollen.

4. Rezepte für stärkeres Wachstum

Nach diesem etwas allgemeinen Credo für mehr Markt und Wettbewerb möchte ich nun doch noch etwas konkreter werden. Wie können wir mehr wachsen? Woher genau soll das zusätzliche Wachstum kommen?

In der Wachstumstheorie unterscheidet man meist drei Quellen des Wachstums: Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt. Wir können mehr wachsen, indem wir

mehr Arbeit oder mehr Kapital einsetzen und indem wir durch Anwendung des technischen Fortschritts die Faktoren Arbeit und Kapital besser nutzen.

Ich möchte an dieser Stelle nicht auf die einzelnen notwendigen Massnahmen zur Wachstumsförderung eingehen, da dies viel zu weit führen würde. Ökonomen und Fachleute sind sich jedoch weitgehend einig darüber, was getan werden müsste, um unser Potenzial zu erhöhen. Unsere Wachstumsschwäche ist hauptsächlich auf das geringe Tempo des technischen Fortschritts im Binnensektor zurückzuführen. Wir arbeiten zwar viel und setzen viel Kapital ein, sind jedoch zu wenig innovativ und zu wenig effizient. Grund dafür ist der hohe Protektions- und Reglementierungsgrad, welcher den Wettbewerb behindert. Die Schweiz hat in den vergangenen dreissig Jahren nur kleine Fortschritte in der Liberalisierung ihres Binnenmarkts gemacht. Sie wurde in dieser Hinsicht von praktisch allen andern OECD-Ländern überholt.³ Eine Auswirkung dieser Erstarrung ist übrigens das hohe Preisniveau in der Schweiz. Hohe Preise sind nichts anderes als die Kehrseite eines ineffizienten Einsatzes von Arbeit und Kapital.

Man kann jedoch unseren Rückstand im Binnensektor auch positiv sehen: Im Binnenmarkt steckt ein enormes Wachstumspotenzial, welches darauf wartet, entfesselt zu werden. Die OECD⁴ schätzte im vergangenen Jahr, dass ein Abbau der Wettbewerbsschranken im Binnensektor zu einer Erhöhung des BIP um 8% führen dürfte, was z.B. einem um 0,8% höheren Wachstum über zehn Jahre entsprechen würde. Stellen Sie sich vor, was dies für unsere Arbeitslosigkeit, unsere Löhne und unsere Staatsfinanzen bedeuten würde.

Der zweite Bestimmungsfaktor des Wirtschaftswachstums ist das Kapital. Weltweit hat die Schweiz immer noch eine Spitzenposition in der Kapitalbildung. Bei uns wird relativ viel investiert. Der Standortwettbewerb für Investitionen ist jedoch bedeutend härter geworden und die Position der Schweiz hat sich verschlechtert. Wir müssen unbedingt darauf achten, die Rahmenbedingungen für Investitionen zu verbessern. Wichtig für die Kapitalattraktivität sind gesunde Staatsfinanzen, eine moderate Steuerlast, ein einfaches Steuersystem, eine effiziente Bürokratie, eine moderne

³ Siehe z.B. OECD (2001): ECO/CPE/WPI(2001) 16, Economics Department, Working Party No.1 on Macroeconomic and Structural Policy Analysis, Product and Labour Markets Interactions in OECD Countries.

⁴ OECD Economic Surveys, Switzerland, 2004.

Infrastruktur, gute Verkehrsanbindungen und das Vorhandensein qualifizierter Arbeitskräfte. Bei den Staatsfinanzen hat die Schweiz in den letzten Jahren leider viel Terrain eingebüsst. Während die Staatsquote in den EU-Ländern in den vergangenen 15 Jahren durchschnittlich leicht abgenommen hat, ist sie in der Schweiz markant angestiegen, und zwar von 31,5% im Jahr 1990 auf 39,3% im vergangenen Jahr⁵. Dies entspricht dem höchsten Anstieg aller OECD-Länder. Eine solche Entwicklung ist nicht dazu geeignet, die Schweiz als Investitionsstandort zu stärken.

Der dritte Bestimmungsfaktor des Wirtschaftswachstums ist die Arbeit. In der Schweiz wird relativ viel und lange gearbeitet. *Noch mehr* zu arbeiten ist keine erstrebenswerte Option. Wenn wir nicht *mehr* arbeiten wollen, müssen wir *besser* arbeiten. Wir müssen also die Qualität, d.h. das Humankapital, der heutigen und insbesondere der zukünftigen Arbeitskräfte verbessern. Das Humankapital wiederum wird durch das Bildungswesen und die Immigrationspolitik bestimmt.

Zuerst einige Worte zum Bildungswesen. Die Pisa-Studien haben gezeigt, dass es in der Schweiz bei der Grund- und Mittelschule nicht zum Besten steht. Dies ist umso bedenklicher, als die Schweiz über eines der teuersten Ausbildungssysteme verfügt. Die Leistungen von Hochschulen und Universitäten kommen im internationalen Vergleich etwas besser weg, die Partizipationsrate liegt jedoch sehr tief. Die Effizienz des gesamten Bildungssektors leidet stark unter dem Föderalismus. Im Bildungswesen besteht also durchaus noch ein bedeutendes Verbesserungspotenzial.

Ein- und Auswanderung haben insbesondere langfristig einen hohen Einfluss auf das Humankapital. Hier sieht die Bilanz der Schweiz sehr unvorteilhaft aus. In der Vergangenheit sind vor allem niedrig qualifizierte Arbeitskräfte in die Schweiz eingewandert. Bezüglich der Auswanderung aus der Schweiz kann hingegen davon ausgegangen werden, dass vor allem höchstqualifizierte und unternehmerisch denkende Leute die Schweiz verlassen. Der resultierende Negativsaldo wirkt sich nachteilig auf das Humankapital und somit das Wachstumspotential der Schweiz aus.

⁵ Staatsausgaben inkl. obl. Sozialversicherungen in Prozent des BIP. Quelle: EFV, OECD.

Ein Umdenken in der Immigrationspolitik hat zum Teil schon stattgefunden, geht jedoch noch nicht weit genug. Die Immigration hoch qualifizierter Arbeitskräfte muss aktiv gefördert werden, und zwar unabhängig von der Nationalität. So ist es zum Beispiel schade, dass viele ausländischen Studenten nach Abschluss ihres Universitätsstudiums in der Schweiz wieder in ihre Heimatländer zurückzukehren. Man müsste vielmehr alles daran setzen, dass diese Studierenden bei uns bleiben. Dies sollte nicht allzu schwierig sein, denn die Schweiz bietet eine sehr hohe Lebensqualität und ist daher auch für Hochqualifizierte ein attraktives Einwanderungsland.

Beim Thema Arbeit und Wachstum landet man unweigerlich auch beim heiklen Thema Rentenalter. Die Zukunft benötigt ein flexibles Rentenalter, in welchem die Erwerbstätigkeit gefördert und nicht administrativ oder steuerlich behindert wird. Jedermann sollte sein Rentenalter selbst wählen können, mit entsprechenden marktgerechten Konsequenzen auf die Höhe seiner Altersvorsorge.

5. Schluss

Ich komme zum Schluss:

Die Schweiz hat ein Wachstumsproblem. Bezüglich Wirtschaftsleistung sind wir von der Spitze ins Mittelfeld abgerutscht. Wachstum wird in den kommenden Jahrzehnten dringend benötigt, um die demographische Entwicklung abzufedern.

Die Rezepte für mehr Wachstum sind bekannt und in einer Vielzahl von Dokumentationen und Büchern beschrieben. Ökonomen und Fachleute sind sich weitgehend darüber einig, was getan werden müsste. Die erfolgreichen Reformprogramme anderer Länder unterscheiden sich nur wenig voneinander. Praktisch alle Massnahmen laufen auf dasselbe hinaus: Benutzung von Marktmechanismen anstelle von Regulierungen zur Erreichung eines Zieles. Wir brauchen mehr Markt, mehr Wettbewerb, mehr Freiheit und somit auch mehr Eigenverantwortung.

Die Schweiz ist kein Sonderfall. Zahlreiche andere Länder gerieten in den vergangenen Jahrzehnten in ähnliche Situationen und haben durch Reformen beachtliche Erfolge erzielt. Beispiele dafür sind z.B. England, Neuseeland, Finnland oder Schweden.

Die Durchsetzung von Reformen erweist sich jedoch als schwierig. Es fehlt noch an Einsicht, es fehlt auch noch am wirtschaftlichen Druck, und daher am breit abgestützten politischen Willen, grundlegende Reformen anzugehen. Unser konsensbasiertes politisches System und die föderalistischen Strukturen erschweren Reformen zusätzlich. Es wird zwar viel über Reformen gesprochen, das Ausmass der bisher erfolgten Reformen ist jedoch noch sehr gering.

Was wir brauchen, ist ein Ruck, der durch die Gesellschaft geht, eine gemeinsame Vision, die Schweiz zu erneuern. Viele von uns müssen bereit sein, auf einige ihrer Privilegien zu verzichten. Reformen bedingen kurzfristig für viele Verzichte. Längerfristig jedoch kompensieren das resultierende höhere Wirtschaftswachstum und die Konsolidierung der Sozialwerke diese Verzichte bei weitem.

Die Aufgaben, die uns erwarten, sind schwierig. Manchmal scheinen sie sogar unüberwindbar. Davon sollten wir uns jedoch nicht abschrecken lassen. Irgendwann, früher oder später, müssen wir Reformen durchführen. Je früher, desto weniger schmerzhaft. Mit meiner heutigen Rede hoffe ich, dazu beizutragen, dass dies eher früher als später der Fall sein wird. Denn mit jedem Jahr, das wir untätig verstreichen lassen, verzichten wir ungewollt auf Wohlstand, Innovation und Fortschritt.

Und das ist schade.

Abbildung 1:

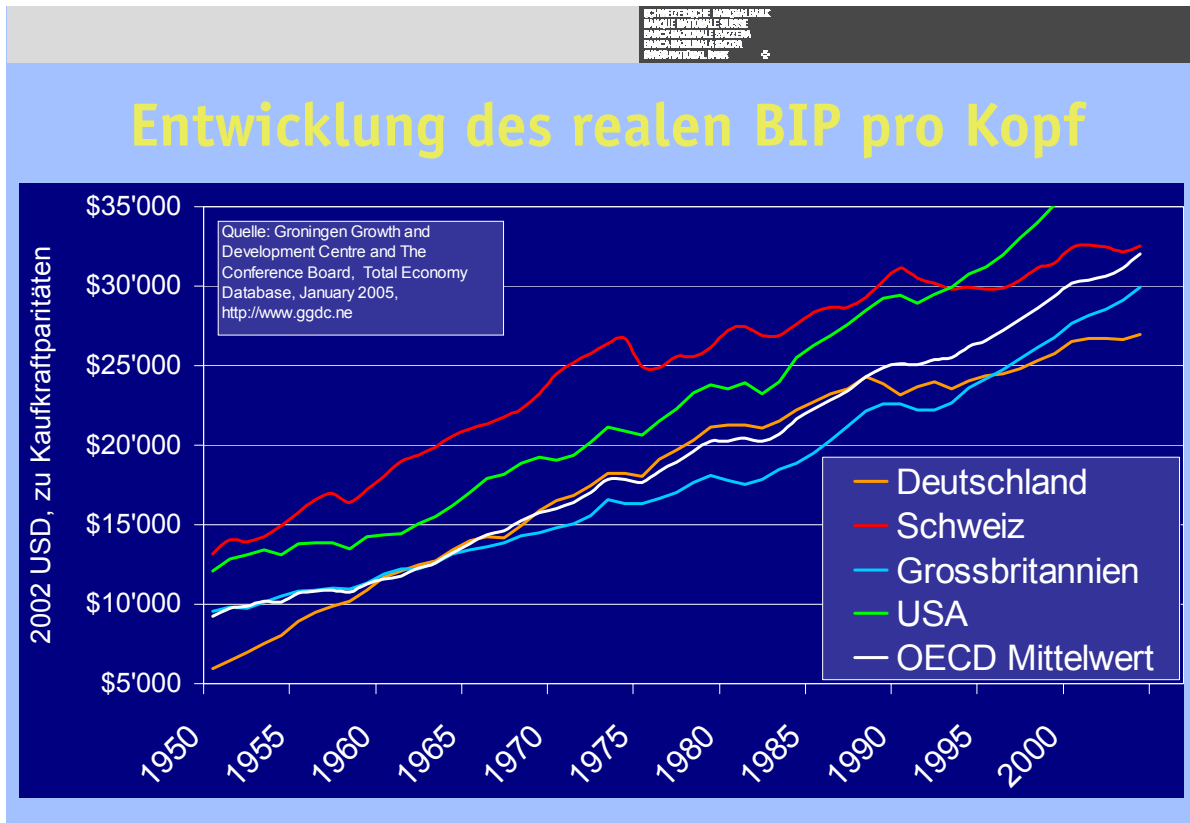


Abbildung 2:

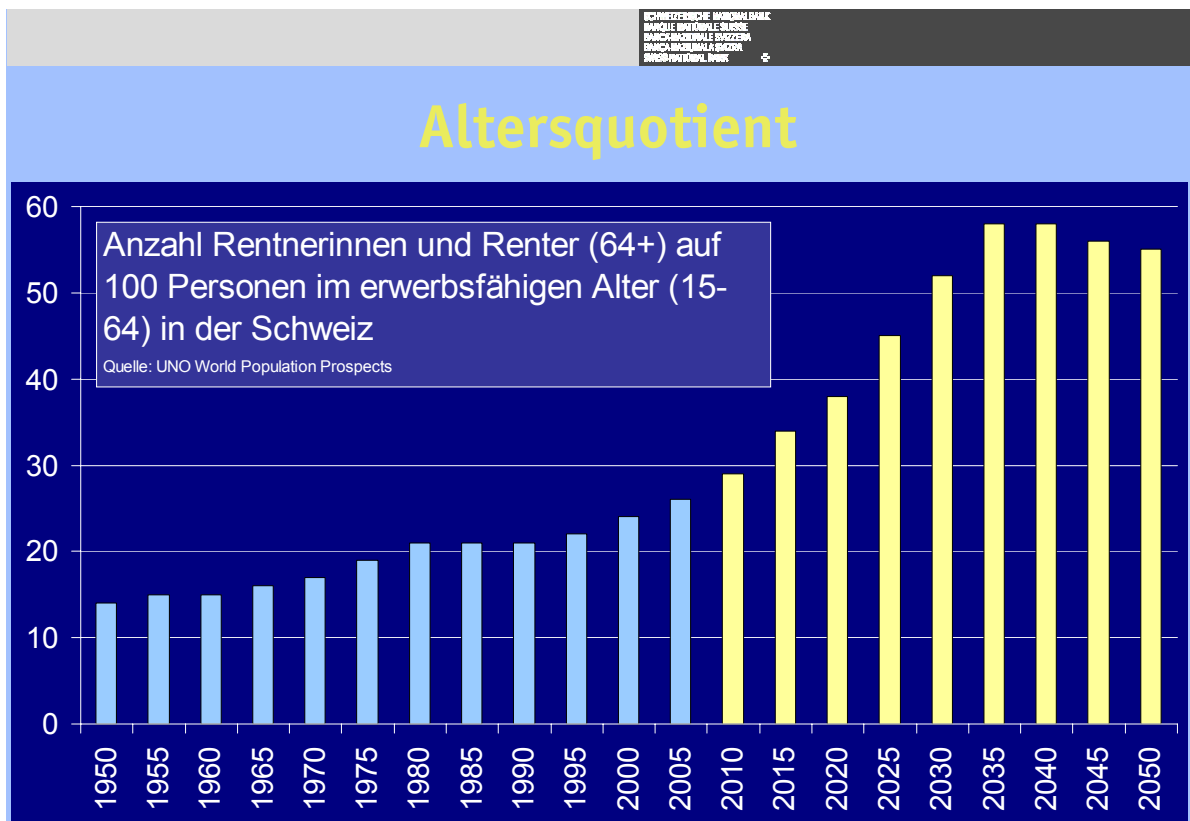


Abbildung 3:

